

## MANDANTENAUFNAHMEBOGEN

**Angaben zum Mandanten:** (zwingend erforderlich)

(Etwaige Änderungen müssen mir immer unverzüglich schriftlich mitgeteilt werden!)

Vor- und Nachname: \_\_\_\_\_

Straße und Hausnr.: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Telefon, privat: \_\_\_\_\_

Telefax: \_\_\_\_\_

Telefon, Geschäft: \_\_\_\_\_

Mobiltelefon: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse<sup>1</sup>: \_\_\_\_\_

IBAN<sup>2</sup>: \_\_\_\_\_

BIC<sup>2</sup>: \_\_\_\_\_

<sup>1</sup> Die Kommunikation per E-Mail ist den im Internet üblichen Gefahren/Risiken ausgesetzt und erfolgt ohne Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

<sup>2</sup> Die Bankverbindung wird zur etwaigen Auszahlung von Rückerstattungen von Versicherungen, Zahlungen der Gegenseite etc. benötigt.

Für Unternehmer: Sind Sie zum Vorsteuerabzug berechtigt?  ja  nein

Welche Form der Korrespondenz bevorzugen Sie?  E-Mail  Post  Fax

**Angaben zur Rechtsschutzversicherung:** (sofern vorhanden)  ja  nein

Versicherungsgesellschaft: \_\_\_\_\_

Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

versichert seit: \_\_\_\_\_

**WICHTIG!** Bitte teilen Sie mir alle von Ihnen abgeschlossenen Rechtsschutzversicherungen vom Zeitpunkt des Erwerbs der Kapitalanlage / des Eintritts des Rechtsschutzfalls bis zur aktuell bestehenden mit. Dies ist für eine ordnungsgemäße und zeitnahe Deckungsanfrage bei Ihrer Rechtsschutzversicherung unerlässlich.

**Angaben zum Gegner:** (soweit bekannt)

---

---

**Angaben zur Anlage-/Produktvermittlung:**

Vor- und Nachname: \_\_\_\_\_

Straße und Hausnr.: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Alle Angaben sind freiwillig. Der Fragebogen dient der internen Aktenanlage und wird Dritten nicht zugänglich gemacht.

**Für meine Tätigkeit benötigte Unterlagen:**

Bitte bringen Sie, soweit möglich, zu einem (weiteren) Beratungsgespräch alle Ihnen in dieser Angelegenheit vorliegenden Unterlagen (Dokumente, Schriftverkehr, Verträge etc.) mit. Damit beschleunigen Sie die Angelegenheit und ermöglichen bzw. erleichtern mir eine gute Arbeit in Ihrem Interesse.

**Risikohinweis:**

Ich bin darüber aufgeklärt worden, dass der vorstehend bezeichnete Rechtsstreit auch zu meinen Ungunsten ausgehen kann, dass ein Prozess verloren gehen kann.

**Wertgebührenhinweis:**

Ich bin in der vorstehend bezeichneten Angelegenheit darauf hingewiesen worden, dass sich die zu erhebenden Gebühren in dieser Angelegenheit nach dem Gegenstandswert richten. Soweit bei der Mandatsübernahme nichts anderes vereinbart worden ist, sind die Regelungen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) die alleinige Vergütungsgrundlage für die zu erhebenden Rechtsanwaltsgebühren.

**Informationshinweis:**

Das Merkblatt (Anlage 1), die Widerrufsbelehrung (Anlage 2) als auch die Hinweise zur Datenverarbeitung (Anlage 3), sind mir ausgehändigt und von mir gelesen worden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Vor- und Nachname (in Druckbuchstaben)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Mandant (Auftraggeber)

**Erklärung zum Widerrufsrecht**

- Die Widerrufsbelehrung (Anlage 2) habe ich zur Kenntnis genommen.
  
- Ich, der Verbraucher, wünsche, dass mit der Ausführung der beauftragten Dienstleistung bereits vor Ablauf der Widerrufsfrist begonnen wird. Ich stimme ausdrücklich zu und verlange, dass Sie bereits vor Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der beauftragten Dienstleistung beginnen. Mir ist bekannt, dass ich bei vollständiger Vertragserfüllung durch Sie mein Widerrufsrecht verliere (§ 356 Abs. 4 BGB).

---

Ort, Datum

---

Vor- und Nachname (*in Druckbuchstaben*)

---

Unterschrift Mandant (*Verbraucher*)

## MERKBLATT

1. Die Beauftragung der Anwaltskanzlei Glameyer durch den Mandanten versteht sich als unbedingt und löst Honoraransprüche des Rechtsanwaltes unabhängig davon aus, ob der Mandant über eine Rechtsschutzversicherung verfügt die die entsprechenden Kosten tatsächlich übernimmt oder einen Anspruch auf Prozess-/Verfahrenskostenhilfe zu haben glaubt.

Hat der Mandant eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen, richtet sich der Erstattungsanspruch des Mandanten gegen die Rechtsschutzversicherung hinsichtlich der anwaltlichen Vergütung ausschließlich nach den Vereinbarungen zwischen dem Mandanten und dem Rechtsschutzversicherer. Grundsätzlich ist der Mandant aus dem Vertrag mit dem Anwalt jedoch diesem gegenüber verpflichtet, die gesetzlich geregelte oder vereinbarte Vergütung zu zahlen, unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Rechtsschutzversicherung ihm hierauf Vergütungsbeträge erstattet. Je nach Versicherungsvertrag sind die Rechtsschutzversicherer nicht verpflichtet, alle Gebühren der anwaltlichen Vergütung zu erstatten. So werden z. B. grundsätzlich von ihnen die Fahrtkosten und Abwesenheitsgelder für Dienstreisen des Rechtsanwalts, z. B. zum auswärtigen Gericht oder zu Ortsterminen, nicht übernommen oder lediglich die Kosten für drei Zwangsvollstreckungsversuche.

Wird der Rechtsanwalt mit der Führung der Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung beauftragt, stehen ihm hierfür gesondert Gebühren zu, die in keinem Falle von der Rechtsschutzversicherung getragen werden.

Die Deckungsanfrage bei einer Rechtsschutzversicherung des Mandanten kann durch den Rechtsanwalt es dann erfolgen, wenn die vom Mandanten angeforderten dafür erforderlichen Unterlagen dem Rechtsanwalt vollständig vorliegen.

Auch im Falle einer Ablehnung des Deckungsschutzes oder der nachträglichen Rücknahme der Deckungszusage durch die Rechtsschutzversicherung bleibt der Mandant verpflichtet, sämtliche Gebühren des Rechtsanwalts zu zahlen.

Wird von der Rechtsschutzversicherung nur ein Teil der Gebühren erstattet und besteht Streit darüber, ob die Rechtsschutzversicherung verpflichtet ist, diesen Teil auch zu tragen, ist der Mandant verpflichtet, zunächst diesen Teil dem Rechtsanwalt gegenüber auszugleichen, unabhängig davon, ob er den Rechtsanwalt mit der Führung einer Klage gegen den Rechtsschutzversicherer beauftragt oder nicht.

2. Ist der Mandant hinsichtlich seines geringen Einkommens und Vermögens nicht in der Lage, die voraussichtlich entstehenden Anwaltsgebühren selbst zu tragen, ist er verpflichtet, dies bereits bei Beauftragung des Rechtsanwaltes zu offenbaren. Tritt dieser Fall während der Tätigkeit des Rechtsanwaltes ein, hat er dies unverzüglich mitzuteilen. Vom Rechtsanwalt wird dann geprüft, ob dem Mandanten die Rechte aus der Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe zustehen. Liegen die Voraussetzungen hierzu nicht vor, ist der Mandant nach wie vor verpflichtet, die Anwaltsgebühren zu zahlen.

Reicht der Mandant im Falle der Beauftragung mit der Erhebung einer Klage oder im Falle der Rechtsverteidigung im Wege der Prozesskostenhilfe die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht rechtzeitig vor Abschluss der Instanz oder bei vorgeschaltetem PKH-Verfahren bei Beantragung desselben ein, so ist der Mandant verpflichtet, die Anwaltsgebühren selbst zu tragen. Wird die Gewährung von Prozesskostenhilfe versagt, ist der Mandant ebenfalls verpflichtet, die Anwaltsgebühren selbst zu tragen. Der Mandant wird darauf hingewiesen, dass er sich unter Umständen sogar strafbar macht, wenn er in der Erklärung über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Angaben unvollständig oder falsch macht.

3. Gemäß § 9 RVG ist der Rechtsanwalt berechtigt, für die entstandenen und voraussichtlich noch entstehenden Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuss zu fordern. Wird eine erteilte fällige Vorschusskostenrechnung nicht ausgeglichen, ist der Rechtsanwalt berechtigt, nach vorheriger Androhung weitere Leistungen abzulehnen und das Mandat fristlos zu kündigen.
4. Zur Erhebung der Klage und zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen ist der Rechtsanwalt nur dann verpflichtet, wenn er einen darauf gerichteten Auftrag erhalten und angenommen hat. Meldet sich der Mandant nicht auf eine entsprechende Anfrage des Rechtsanwaltes, bleibt der Rechtsanwalt untätig. Der Mandant ist darüber informiert, dass er in diesem Falle mit erheblichen Rechtsnachteilen zu rechnen hat.
5. Die Notwendigkeit der Anfertigung von Fotokopien und Abschriften liegt im Ermessen des Rechtsanwalts.
6. Eine steuerliche Beratung ist nicht Gegenstand des Auftrages. Deshalb werden etwaige steuerrechtliche Folgen der anwaltlichen Tätigkeit im Rahmen des Mandates nicht geprüft. Der Rechtsanwalt übernimmt keinerlei Haftung für etwaige steuerliche Folgen der anwaltlichen Mandatsbearbeitung.
7. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kommunikation per E-Mail den im Internet üblichen Gefahren und Risiken ausgesetzt ist und ohne Ende-zu-Ende Verschlüsselung erfolgt. Wenn der Mandant diesen Kommunikationsweg vorschlägt, beginnt oder in Verhältnis zum Rechtsanwalt benutzt und ihn, nachdem der Rechtsanwalt zumindest pauschal und ohne technische Details auf die Risiken hingewiesen hat, fortsetzt, geht der Rechtsanwalt davon aus, dass der Mandant der Nutzung dieses mit Risiken für die Vertraulichkeit verbundenen Kommunikationsweges zustimmt.
8. Der Rechtsanwalt korrespondiert mit ausländischen Auftraggebern in Deutsch. Etwaige Kosten der Übersetzung sind vom Auftraggeber zu tragen. Der Rechtsanwalt haftet nicht für Übersetzungsfehler. Die Haftung des beauftragten Rechtsanwalts oder seiner Erfüllungshelfen für Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit bleibt hiervon unberührt.
9. Telefonische Auskünfte und Erklärungen des Rechtsanwalts sind nur bei schriftlicher Bestätigung verbindlich.

## W I D E R R U F S B E L E H R U N G

Kommt der Anwaltsvertrag unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln (wie z. B. Post, Telefon oder E-Mail) zustande, steht Ihnen, wenn Sie ein Verbraucher sind, ein Widerrufsrecht zu. Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.

### **Widerrufsrecht**

Sie haben als Verbraucher das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie mich

Rechtsanwalt Boris-Jonas Glameyer  
Anwaltskanzlei Glameyer  
Max-Stromeyer-Str. 116  
78467 Konstanz

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Sie können dafür das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwenden, das jedoch nicht vorgeschrieben ist. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

### **Folgen des Widerrufs**

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, habe ich Ihnen alle Zahlungen, die ich von Ihnen in dieser Angelegenheit erhalten haben, unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über ihren Widerruf dieses Vertrages bei mir eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwende ich dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart. In keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Hierzu benötige ich dann Ihre Bankverbindungsdaten. Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistung während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie mir einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie mich von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrages unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

### **Besonderer Hinweis zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts**

Das Widerrufsrecht erlischt, bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen wurde, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Unternehmer verliert.

**Muster-Widerrufsformular**

Wenn Sie das Mandatsverhältnis mit meiner Kanzlei widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus (\*unzutreffendes bitte streichen) und senden es per Post, Telefax oder E-Mail zurück an:

Rechtsanwalt Boris-Jonas Glameyer  
Anwaltskanzlei Glameyer  
Max-Stromeyer-Str. 116  
78467 Konstanz

Hiermit widerrufe ich/widerrufen wir\* den von mir/uns\* abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung/en\*:

---

---

Bestellt/erhalten am\*: \_\_\_\_\_

Name der/des Verbraucher/s\*: \_\_\_\_\_

Anschrift der/des Verbraucher/s\*: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/des Verbraucher/s\*

## **Hinweise zur Datenverarbeitung**

### **1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen**

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwalt Boris-Jonas Glameyer  
Anwaltskanzlei Glameyer  
Max-Stromeyer-Str. 116  
78467 Konstanz, Deutschland

E-Mail: [info@anwaltskanzlei-glameyer.de](mailto:info@anwaltskanzlei-glameyer.de)  
Telefon: 07531 / 945 44 55  
Telefax: 07531 / 945 44 50

### **2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung**

Wenn Sie mich mandatieren, erhebe ich folgende Informationen:

- Anrede, Vor- und Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer/n (Festnetz, Geschäft und/oder Mobil)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als meinen Mandanten identifizieren zu können,
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung,
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von mir erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass ich nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet bin oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

### **3. Weitergabe von Daten an Dritte**

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), an involvierte Versicherungen, insbesondere Rechtsschutzversicherungen und Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

### **4. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber mir zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass ich die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen darf,
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von mir verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei mir erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen,
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen,
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei mir gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist,
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und ich die Daten nicht mehr benötige, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben,
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie mir bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

### **5. Widerspruchsrecht**

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an [info@anwaltskanzlei-glameyer.de](mailto:info@anwaltskanzlei-glameyer.de).